

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Mario Czaja (CDU)

vom 09. Mai 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. Mai 2019)

zum Thema:

Nutzung des ehemaligen Schulgebäudes Glambecker Ring 54

und **Antwort** vom 28. Mai 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 31. Mai 2019)

Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Mario Czaja (CDU)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/18851

vom 09. Mai 2019

über Nutzung des ehemaligen Schulgebäudes Glambecker Ring 54

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie wird das ehemalige Schulgebäude Glambecker Ring 54 derzeit genutzt?

Zu 1.:

Das Schulgebäude Glambecker Ring 54 befindet sich in der Verwaltung der BIM und steht z.Z. leer. Im Rahmen des Clusterungsprozesses hat der Bezirk die Liegenschaft auf Daseinsvorsorge 10 Jahre votiert, um eine spätere Schulnutzung zu ermöglichen.

2. Welche künftige Nutzung des Gebäudes ist seitens des Bezirksamtes vorgesehen?

Zu 2.:

Der Schulträger möchte an diesem Standort wieder eine Schulnutzung etablieren. Ziel ist die Schaffung von Schulplätzen für sonderpädagogische Förderung.

3. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt werden, um den Standort wieder für den Schulbetrieb nutzbar zu machen und welche Kosten fallen für die Reaktivierung an?

4. Wann ist mit der Realisierung der Planungen für die Reaktivierung des Schulstandortes zu rechnen?

Zu 3. Und 4.:

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf hat am 22.05. im Rahmen des Monitorings zu Schulentwicklung für den Standort einen Bedarf an Schulplätzen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ angemeldet. Dieser Bedarf wird derzeit durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie geprüft. Nach erfolgreicher Bedarfsprüfung hat der Bezirk die Aufgabe, ein geeignetes baureifes Grundstück zur Verfügung zu stellen. Aussagen zu Kosten und Realisierungszeitraum können erst dann getätigt werden.

Berlin, den 28. Mai 2019

In Vertretung
Beate Stoffers
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie